Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 35 – November 1973

Wem nützt es?

Es sollen wieder 5.000 Neubürger in Mörfelden angesiedelt werden. Die DKP stimmte mit „Nein".

Nach langer Debatte im Stadtparlament wurde bei vier Gegenstimmen der DKP-Fraktion beschlossen, für das rund 60 Hektar große Gebiet „Steinweg Nord 2" einen neuen Bebauungsplan zu erstellen. Die E rklärung der DKP-Fraktion hat folgenden Wortlaut:

Erklärung der DKP-Fraktion

Die DKP-Fraktion hat sich in mehreren Zusammenkünften mit der Weiterentwicklung unserer Stadt Mörfelden befaßt.
Bereits vor der Kommunalwahl 1972 haben wir in unserem Programm für Mörfelden deutlich zum Ausdruck gebracht, daß endlose Stadterweiterungen in unserem B allungsgebiet nicht sinnvoll sind. Wir kamen zu dem Schluß, daß Verzicht auch Fortschritt bedeuten kann.
Auch die beiden Anträge der SPD- und der FDP-Fraktion zum Bebauungsplan „Steinweg Nord" wurden von uns eingehend beraten. Wir lesen aus diesen Anträgen, daß, zumindest bei der SPD, jetzt andere Vorstellungen über die Bebauung bestehen als zur Zeit der Erstellung des ersten Bebauungsplanes.
Wir glauben, daß hier ein gewisses Unbehagen, das bereits große Teile der Mörfelder Bevölkerung erfaßt hat, Platz greift.
Dieses Unbehagen hat realen Hintergrund und man muß darauf eingehen.
Um was geht es?

- Das Rhein-Main-Gebiet droht ein zweites Ruhrgebiet zu werden. Städte vergrößern sich und wachsen mit anderen zusammen, von Mainz bis Hanau, von Frankfurt bis Darmstadt.
- Hochäuser schießen bereits jetzt überall aus dem Boden.
- Der Verkehr, der Lärm, die Luftverschmutzung nehmen täglich zu.
- Seit Kriegsende hat sich die Waldfläche des Forstamtes Mörfelden um mehr als 1.000 ha durch Abholzung verkleinert. Das sind ca. 15 Prozent der gesamten Fläche.
- Der Grundwasserspiegel sinkt weiter ab. Bei weiterer Verdichtung unseres Lebensraumes ist die Trinkwasserversorgung gefährdet. Unsere Nachkommen, vielleicht auch wir noch, werden im Müll und in den Abwässern ersticken, wenn nicht Entscheidendes verändert wird.
- Mörfelden und Walldorf sind in 30 Jahren von je ca. 5.000 auf ca. 15.000 Einwohner, also auf das Dreifache, in erster Linie durch Zuwanderung, angewachsen.
- Gesundheits- und Bildungswesen kommen jetzt schon nicht mehr mit.
- Durch die Bebauung des Steinweg-Nord-Gebietes wird eine wichtige Frischluftzufuhr für den alten Stadtkern unterbrochen.

Wir geben zu, auch uns sind diese Probleme, die mit einer so massiven Vergrößerung unserer Stadt bis hin zum Fusionieren von Walldorf und Mörfelden zusammenhängen, erst in den letzten Jahren zum Bewußtsein gekommen.
Wir wissen heute, aus Erfahrung anderer Städte, daß wir immer ärmer werden, wenn wir größer werden. Und nicht zuletzt spüren wir am eigenen Leib, daß völlig neue Maßstäbe für die Reproduktion der Arbeitskraft gesetzt werden müssen.
Der Mörfelder Arbeiter kann sich kein Wochenendhaus im Odenwald, geschweige einen Zufluchtsort im Tessin leisten. Er muß sich am Feierabend und am Wochenende hier in der Nähe seiner Wohnung erholen können.

Wem nutzen solche Ballungsräume?

Nun drängt sich die Frage auf, meine Damen und Herren:
„Wer hat aber denn Vorteile von solchen Ballungsräumen? "
Vorteile hat eine einflußreiche Minderheit in diesem Land.
Hier gibt es die besten Verwertungsbedingungen für das Kapital, hier kann die Industrie leicht Profite machen.
Viel leichter als in Gegenden, die verkehrsmäßig und industriell nicht so erschlossen sind.
So ist ein Teufelskreis entstanden, immer mehr Industrie siedelt sich an, immer mehr Arbeiter und Angestellte werden gebraucht, immer mehr Wohnungen erstellt. Hier reiben sich die Baulöwen die gierigen Hände. Erst bauen sie gewaltige Betonklötze, dann inserieren sie in Zeitungen, die im ganzen Bundesgebiet erscheinen, mit Texten wie:
„Sich wohlfühlen in Mörfelden" und „Walldorf die Wohnstadt im Grünen" oder
„Hier ist die Welt noch in Ordnung".
Aber diese Welt ist jetzt schon nicht mehr in Ordnung. Das Rhein-Main-Gebiet weist die meisten Bronchialerkrankungen auf. (Nach einem Bericht der Opelkrankenkasse liegen die Erkrankungen der Atmungsorgane mit 52 Prozent an der Spitze aller Krankheiten im Betrieb.)

Dieser Teufelskreis muß durchbrochen werden. Der Profit einiger weniger darf nicht länger das Maß aller Dinge sein.
Der arbeitende Mensch und seine gesellschaftlichen Interessen gehören an die erste Stelle. Die Macht der Geschäftemacher muß beschnitten werden.
Wirtschaftsexpansion ist nicht gleichzusetzen mit Lebensqualität. Dies bitten wir zu bedenken.

Wir müssen den Mut zur Vernunft haben

Wir, die DKP-Fraktion, stimmen aus all den genannten Gründen dem Antrag von SPD und FDP bzw. der Empfehlung des Bauausschusses nicht zu, da wir der Meinung sind, daß hier Verbesserungs- oder Alternativvorschläge nicht mehr ausreichen.
Wer die ursprünglich geplante Einwohnerzahl für dieses Gebiet von 8.000 auf 5.000 verringert oder die Stockwerksgrenze der Gebäude von 14 auf 9 reduziert, der geht zwar auf das Unbehagen in der Bevölkerung etwas ein, er hat aber nicht den Mut, die ohne Zweifel bei einer Nichtbebauung auf uns zukommenden Probleme anzugehen.
Wir sagen, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir müssen bei all unseren Überlegungen auch an die kommenden Generationen denken, an die Menschen, die in einigen Jahrzehnten in unserer Stadt auch noch gesunden Wohnraum finden wollen.
Es ist deshalb notwendig, daß wir uns alle gemeinsam über die Gestaltung des Gebietes Gedanken machen. Dabei müssen wir uns frei machen von überliefertem Wachstumsdenken. Wir müssen den Mut zur Vernunft haben! Außer der bereits bestehenden Gesamtschule ist in diesem Raum Platz für weiteren ▶

Das arbeitende Volk muß bestimmen! Nur wer kämpft, kann gewinnen! Wer stillhält, verliert! Mit diesem Aufruf an die arbeitende Bevölkerung der Bundesrepublik, sich für ihre eigenen Interessen zusammenzuschließen und in Aktion zu treten, ging nach dreitägigen intensiven Beratungen der Hamburger Parteitag der DKP zu Ende. Der Parteitag erklärt: „Wenn es weitergehen soll mit der Politik der Entspannung, mit der Nutzung der großen Chancen für die Sicherung des Friedens, dann darf es keine Gemeinsamkeit mit der Führung der CDU/CSU geben, wie sie von der sozialdemokratisch geleiteten Regierung praktiziert wird.
Wenn es weitergehen soll, dann muß ein entschiedener Kampf gegen die Rüstungsgewinnler, gegen die Feinde der Entspannung, gegen das Großkapital geführt werden, dann müssen alle zum gemeinsamen Handeln finden, die an Entspannung, Frieden und sozialem Fortschritt interessiert sind."

▼ Schulbau, das gemeinsam mit Walldorf geplante Hallenbad und Kindergärten. Weiterhin könnten Einrichtungen wie Ärztehaus, Altenwohn- und Pflegeheime, Sport- und Grünanlagen und Naherholungszentren vorgesehen werden. Das alles ist langfristig zu planen. Wir stellen dazu folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Alle Planungen, die das Gebiet Steinweg Nord II und das Wettbewerbsgebiet betreffen, werden abgestoppt. Teile des Gebietes, die für öffentliche Gebäude, wie Kindergärten und Schulen, sowie als Abrundungsmaßnahmen noch einer Bebauung zugeführt werden müssen, werden in den Ausschüssen festgelegt.
Weiterhin ist in den Ausschüssen die Verkehrserschließung in dem genannten Gebiet bis zur Gesamtschule und zum Hallenbad, bzw. als Verbindung nach Walldorf sowie die Gestaltung des gesamten Gebietes zu beraten.

Wegen des Profits

1,4 Millionen Tonnen hochwertigen Weizens sind im letzten Jahr in der Bundesrepublik vernichtet worden. Sie wurden denaturiert – wie der „Fachausdruck" dafür lautet –, für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht.

1,4 Millionen Tonnen Weizen. Das würde für die tägliche Brotration von 20 Millionen Menschen während eines ganzen Jahres reichen. Doch solche Überlegungen spielen in Bonn offenbar keine Rolle.

Die Aktion war nicht billig. Immerhin mußten die westdeutschen Steuerzahler die Denaturierung des Weizens mit 70 Millionen Mark bezahlen. Anders: die Vernichtung einer Tonne Weizen erfolgt zum Preis von 50 Mark. Selbst Verschenken wäre billiger gewesen. Aber das geht ja nicht. Wegen der EWG-Preise.

Gleichzeitig liefern die Bundesrepublik und die übrigen EWG-Länder aus ihren Überschüssen Weizen an sogenannte Entwicklungsländer und können ihre Humanität dabei nicht genug loben. Die Empfängerstaaten müssen diesen Weizen teuer bezahlen. Wegen der EWG-Preise. Da sind sogar die Schweinezüchter im EWG-Raum besser dran.

Früher wurden auf dem Land Bittgottesdienste abgehalten für eine reiche Ernte. Und wenn dann die Ernte gut war, dann dankte alles seinem Schöpfer für den Erntesegen. Die Zeiten sind vorbei. Die Erfinder des EWG-Agrarmarkts geraten in helle Aufregung, wenn sich Ernte-„Überschüsse" ankündigen. Dann wird Weizen vernichtet. Dann wird Butter zu Kälberfutter oder Seife verarbeitet. Dann wird der letzte Rest Menschlichkeit denaturiert. Damit die Profite stimmen.

Meinungen

Der „blickpunkt" beschäftigt sich heute mit dem Thema: Bauen im Ballungsgebiet und die Folgen.

Wir fragten dazu unsere Leser:

1. Wie stellen Sie sich die Zukunft vor?
2. Soll endlos weiter gebaut werden?
3. Was müßte Ihrer Meinung nach geschehen?

Hier die ersten Antworten:

Die drei kurzen Fragen lassen sich noch kürzer beantworten:

1. düster
2. nein
3. Konsequenz aus Antwort 2.

Die Durchsetzung der Bebauungspläne von Mörfelden und Walldorf – auch der „Alternativplanungen" – werden trotz des eifrigen Jonglierens der damit befaßten Gremien mit den Hoffnungen erweckenden griffigen Schlagworten wie „Lockerung der Bebauung", „ausreichende Grün- und Freiflächen", „bessere Verkehrsführung", „menschenfreundliche Weiterentwicklung", „Rücksichtnahme auf ökologische Gegebenheiten", „Verbesserung der Lebensqualität", „weitsichtige, zukunftsorientierte Planung" eines Tages in der Sackgasse enden (so befürchte ich), im Zubauen oder vielleicht auch Zuementieren. Dann stellen sich die zur Zeit mächtig ins Kraut schießenden „Grün-Parolen" plötzlich als rappeldürr heraus und manche sehen sich geprellt und den gezinkten Karten der Baulöwen von Walldorf konfrontiert, jene, die mit den Sprüchen „Walldorf – Stadt im Grünen" und „In Walldorf ist die Umwelt noch in Ordnung" ins Parothchen köderten, wo mittlerweile in mehrerlei Hinsicht das Erwachen einsetzte. Kaum anders wird sich die Situation im „Wohnpark" im Planquadrat im Norden Walldorfs bei Farmstraße / Aschaffenburger Straße entwickeln. Und gleichermaßen mausert sich die Bausituation in Mörfelden: zu einem Monstrum. Zeichen dafür sind schon gesetzt. Auch hier werden die abgegebenen Versprechen früher oder später – aber dann ist es zu spät – als ungedeckte Schecks platzen.

Cyril Northcote Parkinson stellte eine ironisch-satirische Regel –längst hat sie sich als realistisch erwiesen – für das Wachsen der Bürokratie auf. Das „Parkinsonsche Gesetz" gilt in seiner wuchernden Wirkung auch für den Bausektor. Erst einmal begonnen, gibt es kein Aufhören mehr. Wie aber läßt sich eine Verbesserung der Lebensqualität, eine bessere Verkehrsführung erreichen, wenn der Raum ständig mehr eingeengt wird und der ausgeuferte Verkehr sich jetzt schon nur schwer bewältigen läßt?

Mörfeldens Verantwortliche haben die Chance – trotz massierter Mahnungen – vertan auf dem ehemaligen Forstamtsgelände eine lebensqualitätssteigernde Grüninsel zu bewahren. Gewiß, eine Mini-Angelegenheit. Doch im Gebiet zwischen Mörfelden und Walldorf wird sich die Quadratur des Rathausbetonklotzes im Maxiformat fortsetzen.

Reinhard Treber, Langstraße 38

Wohin führt der Weg?

Mörfelden war und ist ein schönes Städtchen und so soll es auch bleiben. Wenn aber noch weiter gebaut wird, weiß man nicht, wohin der Weg führt. Daher begrüße ich den Entschluß der DKP, für ein begrenztes Bauprogramm.

Walter Schaffner, Feldstraße 47

Der „blickpunkt" hatte mich um eine kurze Stellungnahme gebeten zur weiteren Bebauung des Gebietes zwischen Walldorf und Mörfelden.

Erste Reaktion:

Es sollte überhaupt nicht weiter gebaut werden. Möglicherweise könnte der Fortschritt einmal darin bestehen, daß man Verzicht leistet auf Weiterbau und Erweiterung.
Und es schleicht sich so ganz nebenher der Traum in mein Denken: riesiger, menschenfreundlicher, landschaftsangepaßter, allen zugänglicher und vor allem für Kinder geeigneter Erholungspark. Darin eingestreut: soziale Einrichtungen für Alte und Kinder, Randsiedler unserer Gesellschaft versorgend. Nur ein Traum? . . .

Überlegung – nicht, ohne den Traum mitzubedenken:

Fortschritt muß nicht totaler Verzicht auf Weiterbauen und Erweiterung bedeuten; denn die Bevölkerung nimmt ja immer noch zu; und es gibt für ein Weiterbauen (in Maßen und mit Zielsetzungen) nicht nur industriell-wirtschaftliche, sondern auch soziale Gründe; z.B. Arbeitsplätze, bessere und größere Wohnungen usw.

Allerdings:

Wenn schon weitergebaut werden muß, und wenn der Teufelskreis einer weiteren Betonisierung und Asozialisierung bis hin zur Verelendung unserer Kinder und zur Kriminalisierung durchbrochen werden soll, wenn dem ein Ende gesetzt werden soll, daß Städte und Stadtteile immer mehr Krankheiten psychischer und physischer Natur erzeugen; wenn also neue Städte und Stadtteile menschlich sein sollen, dann müßte folgendes beachtet werden:

1. Die Planung neuer Stadtteile darf keinesfalls nur finanzieller, bautechnischer und politischer Art sein.

2. In die Planung müssen einbezogen werden: Fragen landschaftlicher Struktur und Umweltaspekte sowie Fragen der Naherholung (nicht jeder kann sonntags in den Odenwald fahren), wie auch der Medizin.
3. Während der Planung muß untersucht werden, welche Menschen, aus welchen sozialen Gruppierungen dort, wo geplant und gebaut wird, einmal wohnen werden.

Zukunft ist kein Schicksal, an dem man nichts ändern könnte. Zukunft entsteht durch menschliche Planung. Sollte ein neuer Stadtteil tatsächlich „Zukunft" haben, d.h. sollte er tatsächlich menschlich werden, dann müßten etwa folgende Fachrichtungen bei der Planung vertreten sein: Bautechniker, Architekten, Städteplaner, Soziologen, Gemeinwesenarbeiter, Psychologen, Mediziner, Umweltschutzfachleute und Politiker.

Karl Heinz Geil, Pfarrer, Langstraße 35

Die Bevölkerung muß mitbestimmen

Das waren noch Zeiten, als es sich noch lohnte, in Walldorf oder Mörfelden zu wohnen.
Aber nun kommen Verhältnisse auf uns zu, die sich von denen im Ruhrgebiet nicht unterscheiden.
Wenn man „Planungs-Experten" allein bestimmen läßt, wird es nichts.
Ich bin der Meinung, daß die Einwohnerzahl von Mörfelden / Walldorf auf keinen Fall bis zu 60.000 gesteigert werden darf. Bei einer solchen Massierung steht der Mensch nicht mehr im Mittelpunkt. Städteplanung ist Umweltplanung, man darf sie den Planern am „Grünen Tisch" nicht allein überlassen.
Die betroffene Bevölkerung von Walldorf und Mörfelden muß mitreden und mitbestimmen können.

Wilhelm Passet, Walldorf, Bäckerweg 48

Für die Industrie sind die Standorte in den Ballungsräumen zweifellos am günstigsten

Alexander Mitscherlich schreibt in seinem Buch „Thesen zur Stadt der Zukunft" als Definitionsbeitrag zum Begriff Heimat unter anderem folgendes:
„Das Teilnehmen am Gedränge der Stadt, dort wo sie sich am intensivsten verwirklicht, muß nicht den Genuß der Stille der benachbarten freien Landschaft unmöglich machen; man muß aus der Stadt heraus können, ohne daß das zu einer nervenaufreibenden Aufgabe per se *(für sich)* wird."

Eine Stadtentwicklung, wie sie von Mörfelden, Walldorf und allerorts in Ballungsräumen betrieben wird, läuft solchen Forderungen entgegen.
Daß z.B. die von Mitscherlich genannte Bedingung an unsere Umwelt erfüllt ist, um diese als Heimat zu empfinden, ist sicher eine wichtige Forderung.
Viele Leute aus Ballungsgebieten bauen in relativ freier Landschaft Wochenend- und Ferienhäuser. Ich meine, man möchte sich damit die eingangs erwähnte Bedingung erfüllen, den angenehmen Kontrast zwischen Stadt bzw. Ballungsraum und der ländlichen Umgebung zu empfinden.
Eine solche Lösung kann aber nicht allgemein gültig sein; auch dann nicht, wenn die finanziellen Möglichkeiten gegeben wären. Dadurch würde erneut ein „Ferien-Ballungsraum" entstehen, mit seinen entsprechenden Straßen und Verkehrsmitteln.
Es gilt daher, unsere Umgebung in entsprechender Form zu erhalten oder zu gestalten.

Meines Wissens nimmt die Bevölkerung in der BRD nicht zu. Ein Zuwachs ergibt sich aus der Zuwanderung von Gastarbeitern.
Die ungeheure Bautätigkeit im Bereich des Wohnungsbaus in den Ballungsräumen kann von dieser Seite her also nicht verursacht sein. Meiner Ansicht nach ist eine Umschichtung der Bevölkerung dafür verantwortlich.
Die Industrie expandiert vor allen Dingen in den Zentren und schafft damit ständig neue Arbeitsplätze. Dadurch ist Menschen aus den weniger industrialisierten Gebieten die Möglichkeit gegeben, in den Ballungsraum zuzuziehen.
Von seiten der Unternehmer wird hier auch Wohnungsbau mitfinanziert, um Arbeitskräfte zu bekommen.
Für die Industrie sind die Standorte in den Ballungsräumen zweifellos am günstigsten. Es ist nicht zu bestreiten, daß bestimmte Industriebereiche aus Gründen der Zusammenarbeit und Wettbewerbsfähigkeit hier angesiedelt werden müssen.
Andererseits schaffen wir uns hier Lebensbedingungen, die wir uns alle nicht wünschen.
Es gibt Überlegungen von Sozialreformern und Soziologen, nach denen zu fordern ist, daß die Industrie der bewegliche Teil sein soll und die Bevölkerung der beharrende.
Fast immer ist es aber so, daß die Menschen dem günstigeren Arbeitsplatz folgen müssen. Das Entstehen riesiger Stadtgebiete ist das Ergebnis.
Die Städte werden unter Umständen so groß, daß selbst Tagesausflüge in die freie Landschaft nur noch unter bestimmten Voraussetzungen mit Unannehmlichkeiten möglich sind (siehe Amerika).
Es wäre zu überprüfen und nachzuweisen, aus welchen Gründen sich die Wohnungsnachfrage in den Ballungsräumen ergibt.
Es wäre festzustellen, wie weit ein Gebiet durch Besiedlung belastbar ist und dies nicht nur unter den Gesichtspunkten des fließenden und ruhenden Verkehrs.
(Es erscheint mir schon jetzt bedenklich, wenn für die Bevölkerung in einem Ballungsraum zur Erholung und Freizeit ein besonders gestaltetes Gebiet notwendig wird. Es kommt mir so vor, als könnten die Menschen schon jetzt in diesem Bereich nur noch industriell, wirtschaftlich zufriedengestellt werden.)
Kritische Fachleute aus allen Bereichen, die diese Dinge weitestgehend berühren, müssen zur Mitarbeit herangezogen werden. Die verantwortlichen Politiker und Behörden müssen dann die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, um eine unheilvolle Bauentwicklung zu lenken.
Wirtschaftliche und private Interessen sollten hier den Überlegungen der Vernunft untergeordnet werden.
Es besteht sicher die akute Gefahr, daß hier Stadt- und Industrielandschaften entstehen, für deren Unmenschlichkeit später niemand verantwortlich sein möchte.

Walter Schmitt, Architekt, Westendstr.

Man sollte Fachleute hinzuziehen

Wenn im Ballungsgebiet Rhein-Main weiterhin ohne Überlegung gebaut wird, werden auch die letzten, ohnehin schon zu kleinen, grünen Lungen bald verschwunden sein. Die Folgen, die daraus entstehen, sind nicht wieder gut zu machen, zumal die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.
Meiner Meinung nach müßte in unserem Gebiet ein sofortiger Baustopp durchgebracht werden, um die Gesundheit der Menschen und der Natur zu erhalten.
Die Bevölkerung sollte sich massiver dagegen wehren. Man sollte Fachleute hinzuziehen, welche die Entwicklung unseres Lebensraumes im Interesse der hier lebenden Bevölkerung weit vorausplanen.

Georg Klug, Darwinstraße 15

Was ist mit den Lehrern los?

Einstimmig beschlossen die Lehrer an der hiesigen Gesamtschule: Mit Empörung hat das Kollegium der Gesamtschule von einem Entwurf zur Neuregelung der Beamtenbesoldung auf Bundesebene Kenntnis genommen. Dieser Entwurf bedeutet einen schweren Schlag gegen die Ausbildungsinteressen großer Teile der Bevölkerung. Der Lehrermangel an den Schulen, die von allen Kindern besucht werden, wird sich erhöhen, die Klassenstärken werden zunehmen. Die Folge: eine Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen vor allem an Grund- und Hauptschulen. Das Kollegium ist entschlossen, alle Kampfmaßnahmen zu unterstützen, die diesen Entwurf zu Fall bringen sollen!

Der Staat greift ein Kampfergebnis der Lehrerschaft an!

Worum geht es den Lehrern? Das Bundesinnenministerium unter FDP-Genscher hat in Zusammenarbeit mit allen Länder- und Finanzministerien einen Entwurf zur Neuregelung der Beamtenbesoldung auf Bundesebene erarbeitet. Der Entwurf soll schon zum 1. Januar 1974 Gesetz werden: Er bedeutet für etliche tausend Lehrer in Hessen eine direkte Besoldungsrückstufung. Grundschullehrer sollen in Zukunft bis zu 250,– DM weniger Geld bekommen als Realschullehrer; diese wiederum weniger als Lehrer an Gymnasien.
Von dieser Regelung ist die Lehrerschaft in Mörfelden und Walldorf direkt betroffen.
Auch die Ausbildung der Lehrer soll künftig – wie ein weiterer Entwurf aus dem Bundesinnenministerium besagt – nicht gleichwertig sein: Lehrer an Grundschulen sollen künftig nur noch eine höchstens vierjährige Ausbildung erhalten; Lehrer an Gymnasien z.B. eine fünfeinhalbjährige.

Beide Entwürfe greifen direkt ein Kampfergebnis der hessischen Lehrerschaft an: Ausbildung und Bezahlung aller Lehrer sollten hier Schritt für Schritt vereinheitlicht werden!

Geht es „nur" ums Geld?

Natürlich sind auch die Lehrer von der Preistreiberei und Profitgier der Unternehmer unmittelbar betroffen. Niemand läßt es sich gerade jetzt gefallen, wenn sein Lohn auf mindestens drei Jahre festgeschrieben wird – so muß man nämlich bei den Beamten eine Gehaltskürzung verschleiern, weil man ihnen das Gehalt nicht direkt kürzen kann.
Aber hier geht es um mehr: Schlechtere Ausbildung und schlechtere Bezahlung für die Lehrer an Grund-, Haupt- und Gesamtschulen heißt: niemand will mehr Lehrer an diesen Schulen werden. Gerade die Schulen, die von den Kindern der Arbeiter und Angestellten, also der Mehrheit des Volkes besucht werden, bekommen weniger und schlechter ausgebildete Lehrer.
So werden sich auch in Mörfelden und Walldorf die Klassenstärken an der Grundschule und der Gesamtschule erhöhen. Die Lehrer werden an die Real- und Gymnasialschulen abwandern.
Schon jetzt sitzen unsere Kinder in Klassen mit 30 bis 35 Schülern. Schon jetzt können die Leher sich nicht um jeden einzelnen Schüler bemühen. Schon jetzt müssen sich die Leher mehr damit beschäftigen, 30 Kinder ruhig zu halten, als ihnen wirklich etwas beizubringen.

Darum geht es um mehr als „nur" ums Lehrergeld: der Staat greift direkt die Ausbildungsinteressen der Arbeiterklasse und des Volkes an.

Für einen Volksschüler 1200 DM – für einen Gymnasiasten 2200 DM

Für das Volk weniger und schlechter ausgebildete Leherer – für die oberen Schichten besser ausgebildete und bezahlte Lehrer: das ist die alte Klassenschule.
Gesetze, wie die geplanten, zeigen daher viel klarer die wirkliche Politik der bürgerlichen Parteien als alle schönen Reden von Verbesserung der Ausbildung für alle Kinder in der Grund- und Hauptschule, Chancengleichheit usw. Schon heute gibt der Staat pro Jahr für einen Volksschüler rund 1200 DM aus, für einen Schüler am Gymnasium rund 2200 DM – also fast das Doppelte!
Die Lehrer werden in Hessen nach folgenden Planungsgrundsätzen auf die Schulen verteilt: In den Grundschulen sollen auf 32 Schüler ein Lehrer kommen; in der Hauptschule auf 24 Schüler ein Lehrer.In der Oberstufe eines Gymnasiums dagegen auf höchstens 16 Schüler ein Lehrer. In der Berufsschule auf 52 (!!) Schüler ein Lehrer!
– Dazu ist jedes Wort zuviel!

Was bedeutet es, wenn Lehrer streiken?

Die Gewerkschaft der Lehrer in Hessen (GEW) hat darum die Lehrer zu einem eintägigen Warnstreik im Dezember gegen die Durchführung der neuen Gesetze aufgerufen. In dieser Woche – am 15. November – will die GEW eine Groß-Protestveranstaltung in Wiesbaden organisieren. Die Eltern werden aufgefordert, sich mit den Lehrern zu solidarisieren. Ist das im Interesse der breiten Masse der Bevölkerung?
Lehrerstreik in Mörfelden und Walldorf bedeutet Unterrichtsausfall – daran ist nicht zu rütteln. Aber: wenden sich die Lehrer mit ihren Kampfmaßnahmen gegen die Eltern?
Auf der Schulelternversammlung der Gesamtschule am 8.11. wurde vielmehr deutlich: die Lehrer wenden sich gegen das Dreiklassenschulsystem, das die Kinder der breiten Masse der Bevölkerung benachteiligt; sie wenden sich gegen einen neuen Angriff des Staates, der im Interesse der Unternehmer die notwendigen Gelder für den Bildungssektor einspart. Ihre Forderungen: Weg mit dem vorliegenden Besoldungsentwurf; für eine einheitliche Ausbildung, einheitliche Arbeitsbedingungen und Bezahlung aller Lehrer, sind keine Standesinteressen – sie sind im Interesse der breiten Masse der Bevölkerung.
Der Staat verweigert den Lehrern von alters her das Streikrecht; damit will er sie politisch unter Kontrolle halten.

Es bedeutet einen großen Fortschritt, wenn sich die Lehrer aus ihrer traditionellen Abhängigkeit vom Staat zu lösen beginnen, wenn sie sich gegen die alten Klassenschulen zur Wehr setzen und auf die Seite der breiten Masse der Bevölkerung stellen.
Darum ist es wichtig und richtig, daß sich die Eltern in Mörfelden und Walldorf mit den Kampfmaßnahmen der Lehrer ihrer Kinder gegen die neuen Ausbildungs- und Besoldungsgesetze solidarisieren.

Pressestimmen

NEUES DEUTSCHLAND

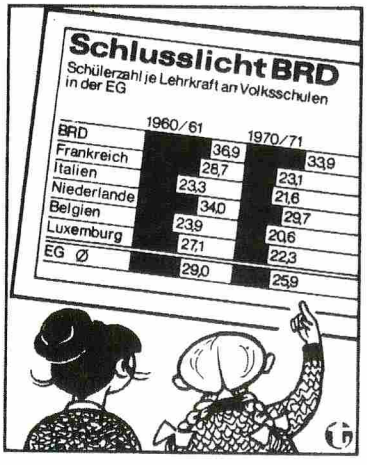
Zur Neuregelung des verbindlichen Mindestumtausches bei DDR-Besuchen schreibt das SED-Zentralorgan:

In der Tat werden in der BRD und in Westberlin mit unserer Mark Spekulationen betrieben, die auf eine Schädigung der DDR zielen. Es sind nicht etwa Schieber, die im Halbdunkel Schwarzhandel betreiben. Nein, es sind offizielle Institutionen in der BRD und in Westberlin, Banken, Sparkassen, Wechselstellen und andere Geldinstitute, die einen illegalen Handel unserer Mark zu spekulativen Kursen organisieren. Die Regierung der BRD und der Senat von Westberlin dulden diese öffentlich betriebenen Devisenvergehen. Große Tageszeitungen der BRD und Westberlins, zum Beispiel die „Welt", „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Der Tagesspiegel", „Handelsblatt", veröffentlichen regelmäßig die Schwindelkurse. Überall an den Bankschaltern sind diese Kursangaben angeschlagen.

Stichproben unserer Zollorgane haben gezeigt, daß solche dubiosen Ratschläge von zahlreichen Besuchern aus der BRD und aus Westberlin befolgt werden. Die ausgewählten Beispiele zeigen, welche Phantasie dabei entwickelt wird. Bei 75 Prozent der in Stichproben überprüften Personen wurden entgegen den Devisenbestimmungen mitgeführte Markbeträge gefunden. In den letzten Monaten ist der Devisenschmuggel angestiegen. Im Durchschnitt bewegen sich die illegal mitgeführten Geldmengen zwischen 20 und 250 Mark. Dabei hat jeder die Möglichkeit, bei den offiziellen Wechselstellen in unserem Staat Mark der DDR im Verhältnis 1:1 zu erwerben ...

Man kann also beobachten, daß sich im Grunde dieselben Praktiken wieder entwickeln, die vor langer Zeit, vor dem 13. August 1961, einmal gang und gäbe waren. Wenn jemand glauben sollte, der Abschluß von Verträgen zur Normalisierung der Beziehungen böte die Handhabe, zu den überwundenen Zuständen, zur Ausplünderung der DDR, zurückzukehren, irrt er sich sehr.

Vorschulerziehung ist eine der grundbedingungen für gleiche bildungschancen. In der bundesrepublik ist es damit – gesehen im internationalen vergleich – nicht allzuweit her: während in Belgien nahezu jedes kind schon vor der grundschulzeit eine vorschuleinrichtung besucht, steht die BRD mit einem guten drittel an letzter stelle.



Nur geringfügig verbessert hat sich die grund- und hauptschulsituation in der bundesrepublik innerhalb von zehn jahren, während in anderen EG-ländern das ziel „kleine klassen" längst erreicht ist. Auf eine lehrkraft entfallen bei uns acht schüler mehr als im EG-durchschnitt. Jede bildungsreform muß darauf abzielen, dieses mißverhältnis zu verbessern.

LESER BRIEF

An die Redaktion

Ich möchte ein paar Worte zu dem Artikel „Ein Kommunist? " aus dem „blickpunkt" Nr. 34 schreiben.
Ich bin auch der Meinung, daß sich die DKP von den linken studentischen Splittergruppen abgrenzen und distanzieren muß, aber die Form, in der das in Ihrem Artikel getan wurde, halte ich für nicht richtig.
1. Der Schreiber des Artikels hat offensichtlich nicht erkannt, daß es im wesentlichen nicht die Gruppen von Gehlgeleiteten sind, die den Kommunismus in den Schmutz ziehen, sondern die bürgerliche Presse, allen voran Springer, die diesen Gruppen unterstellt, sie würden nur randalieren, Scheiben einschmeißen und Schlägereien veranstalten. Ich glaube, daß die DKP nicht mit Springer in ein Horn blasen kann und sich an dieser Hetze beteiligen kann. Si e sollte vielmehr erklären, warum diese Gruppen fehlgeleitet sind, nämlich zum Beispiel dadurch, daß sie als Studenten den wichtigen Erfahrungsbereich der Arbeitswelt meist nicht richtig kennen.
2. Die Zeichnung gibt auch jenes Klischee wieder, das die bürgerliche Presse von den studentischen „Revoluzzern" erstellt hat. Abgesehen davon, daß sich die DKP auch mit dem roten Stern, Hammer und Sichel und der Revolution identifiziert, auch wenn sie diese Symbole nicht so stark betont wie viele studentische Splittergruppen.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Heins

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist . . .

Da machen ein paar Millionäre eine Menge „Kies" aus dem Kies unserer Landschaft, sorgen aber nicht für eine ausreichende Absicherung ihrer hinterlassenen „Mondkrater". Jetzt – nachdem ein Kind ertrunken ist – bemüht man sich scheinbar um Zäune. Es ist ein Skandal.

Letzte Rede Allendes

Die Geschichte ist unser

Mitbürger!

Dies wird höchstwahrscheinlich die letzte Gelegenheit sein, daß ich mich an Sie wenden kann. Die Luftwaffe hat die Sendetürme von Radio Portales und Radio Corporacion bombardiert.

Meine Worte enthalten keine Bitterkeit, jedoch Enttäuschung. Sie werden die moralische Strafe sein für diejenigen, die ihren Schwur verraten haben: Soldaten Chiles, ernannte Oberbefehlshaber, Admiral Merino, der sich selbst ernannt hat, der Herr Mendoza, dieser niederträchtige General, der noch gestern der Regierung seine Treue und Ergebenheit bekundete und sich heute zum Generaldirektor der Carabineros ernannt hat.

Angesichts dieser Tatsachen bleibt mir nichts anderes übrig, als vor den Werktätigen zu bekräftigen:

Ich werde nicht zurücktreten!

In eine Periode historischen Übergangs gestellt, werde ich die Treue des Volkes mit meinem Leben entgelten. Und ich sage Ihnen: Ich habe die Gewißheit, daß die Saat, die wir in das würdige Bewußtsein Tausender und aber Tausender der Chilenen gepflanzt haben, nicht herausgerissen werden kann. Sie haben die Gewalt, sie können uns unterjochen. Aber die sozialen Prozesse kann man weder durch Verbrechen noch durch Gewalt aufhalten. Die Geschichte ist unser, sie wird von den Völkern geschrieben.

Werktätige meines Vaterlandes!

Ich danke Ihnen für die stets bekundete Treue, für das Vertrauen, das Sie in einen Mann gesetzt haben, der nur die Verkörperung der Sehnsucht nach Gerechtigkeit war, der sein Wort gab, Verfassung und Gesetze zu achten, und der dies tat. In diesem entscheidenden Moment, dem letzten, in dem ich mich an Sie wenden kann: Mögen Sie diese Lehre beherzigen. Das Auslandskapital, der Imperialismus, vereint mit der Reaktion, schufen das Klima, damit die Streitkräfte mit ihrer Tradition brachen, die sie General Schneider lehrte und die Comandante Araya bekräftigte. Sie wurden Opfer des gleichen sozialen Sektors, der heute darauf lauert, mit fremder Hilfe die Macht zurückzuerobern, um so seinen Besitz und seine Privilegien zu verteidigen.

Ich wende mich vor allem an die einfache Frau unseres Landes, an die Bäuerin, die an uns glaubte, an die Arbeiterin, die noch mehr schuf, an die Mutter, die um unsere Sorge um die Kinder wußte. Ich wende mich an die Vertreter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz unseres Landes, an all die Patrioten unter ihnen, die seit Tagen gegen die Verschwörung der Berufsverbände arbeiten, jener Klassenverbände, die nur die Vorteile, die die kapitalistische Gesellschaft einigen wenigen eingeräumt, verteidigen.

Ich wende mich an die Jugend, an die, die sangen, die sich mit Fröhlichkeit und Kampfgeist einsetzten. Ich wende mich an die Männer Chiles, die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, an diejenigen, die verfolgt sein werden; denn in unserem Lande wütet der Faschismus schon seit vielen Stunden mit Terroranschlägen, sprengt Brükken, blockiert Eisenbahnlinien und zerstört Öl- und Gasleitungen.

Demgegenüber steht das Schweigen derjenigen, die die Verpflichtung gehabt hätten, dagegen vorzugehen. Die Geschichte wird sie richten!

Sicherlich wird Radio Magallanes zum Schweigen gebracht, und der ruhige Klang meiner Stimme wird nicht zu Ihnen gelangen. Das macht nichts. Sie werden mich weiter weiter hören, ich werde immer unter Ihnen sein, zumindest die Erinnerung an mich, an einen würdigen Menschen, der der Sache des werktätigen Volkes die Treue hielt.

Das Volk soll sich verteidigen, aber es soll sich nicht opfern. Das Volk darf sich nicht unterjochen und quälen lassen, aber es kann sich auch nicht erniedrigen lassen.

Werktätige meines Vaterlandes!

Ich glaube an Chile und seine Zukunft. Andere nach mir werden auch diese bitteren und dunklen Augenblicke überwinden, in denen der Verrat versucht, sich durchzusetzen. Sie sollen wissen, daß eher früher als später wahre Menschen auf breiten Straßen marschieren werden, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen.

Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Werktätigen! Dies sind meine letzten Worte. Ich habe die Gewißheit, daß mein Opfer nicht umsonst sein wird. Ich habe die Gewißheit, daß es zumindest eine moralische Lektion sein wird, die die Feigheit und den Verrat strafen wird.

Eigendruck Verantwortlich: Rudi Hechler, Mörfelden, Hochstraße 22